

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände im Erzgebirgskreis
Land. Dichteste Verbreitung in allen Volkskreisen.
Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Gewerkschaftsblatt.
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag von Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445.

Erziehungswesen: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbjährlich Mk. 1,20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsanstreger und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postcheck-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindefonds-Konto: Amt Bischofswerda Konto Nr. 64.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorforderung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 43 mm breite einseitige Grundzeile 25 Pfg., dreiseitige Anzeigen 20 Pfg., die 30 mm breite Reklamezeile (im Textfeld) 70 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Zahlungstag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Bei Sammelanzeigen tarifm. Aufschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 101

Sonnabend, den 1. Mai 1926.

81. Jahrgang

Tageschau.

* Die deutsch-französischen Luftfahrtverhandlungen gehen unmittelbar vor ihrem Abschluß. Die Kontrolle über das deutsche Luftfahrwesen soll in Wegfall kommen.

* Das Zentrum hat den Reichsjustizminister Marx zum Vorstehenden gewählt. Als Nachfolger im Amt des Reichsjustizministers wird der Abg. Bell vorgeschlagen werden.

* Nach Meldungen aus Paris beabsichtigt Frankreich, Rückfragen über den deutsch-russischen Vertrag in Berlin zu stellen.

Nach Meldungen aus Rumänien rechnet man in nächster Zeit mit einem Besuch Dr. Stresemanns in Bukarest.

* Nach Meldungen aus Udjda sind die Friedensverhandlungen mit den Ribdelgelehrten als gescheitert anzusehen. Auf beiden Seiten werden fieberhafte Vorbereitungen zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten getroffen.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Die deutsche Luftfahrt.

Endlich hört man auch mal eine Nachricht aus Paris, die etwas Erfreuliches hat. Die monatelang geführten Luftfahrtverhandlungen mit der Botschafterkonferenz sollen unmittelbar vor dem Abschluß stehen und ein für Deutschland nicht ungünstiges Ergebnis erzielt haben. Solange man Einzelheiten nicht kennt, wird man die Beurteilung zurückstellen müssen. Wenn es aber wirklich erreicht worden ist, daß an Stelle der Entente-Kontrolle über die deutsche Luftfahrt Deutschland selbst Garantien gegen einen Flugzeugbau und gegen Luftfahrten zu militärischen Zwecken übernimmt, so ist ungewissheit ein Fortschritt erzielt. Ob die Wüldigung und teilweise Aufhebung der sogenannten Begriffsbestimmungen tatsächlich genügt, um die bestehenden „Luftbarrieren“ niederzulegen und ob das Entgegenkommen der Gegenseite tatsächlich groß genug ist, den dafür von ihr geforderten Preis zu zahlen, nämlich daß die fremden Flugzeuge ohne Beschränkung deutsches Gebiet überfliegen dürfen, muß sich erst noch herausstellen. Jedenfalls kann man heute schon sagen, daß bei den Verhandlungen der berühmte Geist von Locarno durch Abwesenheit glänzte, und daß es lediglich die deutsche Festigkeit in bezug auf den fremden Luftverkehr über Deutschland war, die die anderen zwang, die Fesseln, mit denen sie die deutsche Luftfahrt angeketet hatten, zu lockern. Das Wichtigste, was erreicht zu sein scheint, ist das, daß für den zivilen deutschen Luftverkehr nunmehr auch größere Flugzeuge Verwendung finden dürfen. Trotz der Beschränkungen, die ihr auferlegt waren, ist die deutsche Flugzeugindustrie gerade im Bau absolut verkehrsreicher großer Flugzeuge führend. Der deutsche Luftverkehr hat sich, gestützt auf die hervorragenden Erzeugnisse der deutschen Flugzeugindustrie, zu einer vorbildlichen Organisation aufgebaut, die auch deshalb vorbildlich ist, weil durch einen Zusammenschluß der verschiedenen Gesellschaften mit Beitritt des Reiches in der Deutschen Luftthema eine Konzentration der Kräfte eingetreten ist, die höchste Leistung zu geringsten Kosten ermöglicht. Ist in Paris gewissermaßen ein Luftfrieden abgeschlossen worden, so tritt auch Deutschland im internationalen Flugverkehr endlich an die Stelle, die ihm von Anfang an gebührt. Das innerdeutsche Luftverkehrsnetz ist gerade in den letzten Jahren bereits derartig ausgebaut, daß es auch höchst gespannter Anforderungen genügt. Die Möglichkeit, größere Maschinen einzustellen, erhöht nicht nur die Luftsicherheit tatsächlich, sondern wird endlich auch die heute noch Mangelhaften dazu bringen, das neueste, beste und schnellste Verkehrsmittel mehr und mehr zu benutzen und durch diese erhöhte Ausnutzung wieder zur durchgreifenden Verbilligung der Luftreisen beitragen. Da die Barrikaden gefallen sind, vermag auch die deutsche Luftfahrt endlich ihrer im besten Sinne völkerbundenen Aufgabe gerecht zu werden und so hört man denn auch, daß in Paris bereits die Einrichtung gemeinsamer deutsch-französischer Linien besprochen wurde. Deutschland, das Herzland Europas, kann im international-europäischen Luftverkehr nicht umgangen und umflogen werden. Dieser geographische Vorteil macht die deutsche Stellung unangreifbar, und es ist zu hoffen, daß dieser Vorteil nicht allzu gering bei dem Handel um die Ausbaumöglichkeiten der deutschen Luftfahrt eingeschätzt worden ist. Erst nachdem die deutsche Luftfahrt von den unerträglichen Fesseln der Begriffsbestimmungen wirklich befreit ist, wird sie im Flugzeugbau wie im Luftverkehr, die Entwick-

lung zu nehmen vermögen, zu der sie durch den Geist und das Können der deutschen Lufttechniker und der deutschen Luftorganisatoren berufen ist.

Französisch-englischer Sturmlauf gegen den Russenvertrag.

Paris, 29. April. Die Morgenblätter berichten aufs neue, man bereite gegenwärtig am Quai d'Orsay eine Note an Deutschland vor, in der man, wie die Bolonté schreibt, von der Wilhelmstraße „außerordentlich genaue Erläuterungen in Form einer schriftlichen Antwort“ über den deutsch-russischen Vertrag fordern werde. Während sich also die Kabinette in London und in Brüssel mit mündlichen Erklärungen der Reichsregierung, die ihnen durch ihre Botschafter in Berlin übermittelt wurden, zufrieden geben, beabsichtigt man anscheinend in Paris, die Lage durch diplomatische Schritte zu komplizieren. Noch weiß man nicht, über welche Punkte der Fragebogen des Herrn Briand Aufklärung fordern wird, doch lassen die heutigen Pressestimmen voraussehen, in welcher Richtung sich die Demarche der französischen Regierung bewegen wird. Einmal lesen die hiesigen offiziellen Kreise in den deutsch-russischen Neutralitätsvertrag ein festes Versprechen der deutschen Regierung hinein, innerhalb des Völkerbundes systematisch zugunsten Russlands zu arbeiten, und dann zeigt man sich über die deutsche Auslegung des Artikels 16 so, wie man diesen in Paris deutet, überaus beunruhigt. Auffällig ist, daß nicht die Rechtsblätter, sondern gerade die gemäßigten Kartellblätter wie die Bolonté, der Homme Libre und die Ere Nouvelle von den „berechtigten Befürchtungen Frankreichs“ schreiben. Wie weit das geht, beweist eine Äußerung Sauverains im Matin, Deutschland sei das Haupt einer deutsch-russisch-türkischen Koalition geworden, der sich in Zukunft andere asiatische oder europäische Staaten anschließen könnten. Das sei die Koalition aller der Mächte, die nicht in den Völkerbund eintreten wollten. Die Ere Nouvelle schreibt, die deutsche Regierung nehme eine schwere Verantwortung auf sich, wenn sie in Europa von der Locarnopolitik abgehe. Deutschland spiele das System der Allianz gegen das System des Völkerbundes aus. Es sprengt die Neuordnung Europas zugunsten einer östlichen Reorganisation. Das deutsche Volk habe zwischen der Genfer und der Mostauer Formel zu wählen. Die erste bedeute den Frieden (!), die zweite das Abenteuer.

Die Aufregung der Entente-Presse über den Russenvertrag mutet einigermaßen künstlich und gesucht an, angesichts der Kommentare, die von deutscher und russischer Seite vorliegen und die den Charakter des Vertrags ganz ungewöhnlich umschreiben. Anstatt sich auf diese Auslassungen zu stützen, gefällt man sich in Verdächtigungen, die nur ein schlechtes Gewissen gegenüber Deutschland begreiflich macht. Ausgerechnet Lloyd George zerbricht sich den Kopf darüber, welche tieferer Sinn diesem Vertrag zugrunde liegen könnte. Ausgerechnet dieser Mann, dessen Politik in Versailles und in der ganzen Nachkriegszeit eine Kette von Irrtümern und Katastrophen war, wundernd sich darüber, daß Deutschland nicht alle Brücken nach Osten abbrechen, sich nicht ganz der Entente in die Arme werfen will.

Was die geplante französische Demarche angeht, so darf man wohl fragen, ob auch an die anderen Staaten, die Neutralitätsverträge oder direkte Bündnisse abgeschlossen haben, Fragebogen dieser Art verschickt werden. Denn schließlich sind alle diese Staaten doch Mitglieder des Völkerbundes, Deutschland aber bis heute noch nicht. Ob wir es werden, wird doch wohl nicht zuletzt davon abhängen, in welchem Sinne man jetzt den Artikel 16 auszulegen für gut befindet. Unseres Erachtens besteht kein Grund zu der Annahme, daß die Leiter der deutschen Außenpolitik eine so grundlegende Schwentung vollzogen haben, wie sie jetzt in London und Paris von gewissen Kreisen unterstellt wird. Jedoch wird man auch bei dieser Gelegenheit der Anschauung in diesen Kreisen entgegenzutreten müssen, als ob Deutschland verpflichtet wäre, unter allen Umständen sich den Westmächten mit Haut und Haar zu verschreiben. Unsere Verpflichtungen aus dem sogenannten Friedensvertrag werden von uns loyal erfüllt; darüber hinaus kann niemand die Verantwortung zu außenpolitischer Bewegungsfreiheit anerkennen. Wenn diese in einer Richtung genutzt wird, die der Entente nicht gefällt, so trägt sie ganz allein die Schuld daran. Ober glaubt man etwa, daß man einem großen Volk ein Diktat wie das von Versailles auferlegen kann, ohne daß sich daraus gewisse Folgen ergeben? Eine solche Auffassung würde denn gewisse Folgen ergeben? Eine solche Auffassung würde denn gewisse Folgen ergeben? Eine solche Auffassung würde denn gewisse Folgen ergeben? Eine solche Auffassung würde denn gewisse Folgen ergeben?

Noch kein französischer Schritt in Berlin.

Paris, 30. April. (Draht.) Wie nunmehr festgestellt werden kann, ist eine Aufforderung an Deutschland, sich schriftlich zu äußern, entgegen anderslautenden französischen Pressemeldungen, bisher noch nicht erfolgt. In hiesigen deutschen Kreisen nimmt man an, daß sich ein Einfluß der Beratungen über den Vertrag auf die Verhandlungen zur Erweiterung des Völkerbundes nicht bemerkbar machen wird. Der deutsche Botschafter hat sich bisher nicht offiziell mit den Verhandlungen des Quai d'Orsay zu beschäftigen gehabt.

Die Friedensverhandlungen in Marokko gescheitert.

Fieberhafte Rüstungen.

Paris, 30. April. (Draht.) Nach den letzten Nachrichten aus Udjda sind die Verhandlungen als gescheitert anzusehen. Man erklärte am Donnerstagabend am Quai d'Orsay, daß, nach den neuesten Telegrammen zu schließen, das Fehlschlagen am Freitag offiziell mitgeteilt werde. Die Ribdelgelehrten haben in keinem Punkte nachgegeben und sich nicht einmal zu formalen Konzessionen entschlossen. Die Feindseligkeiten würden danach am 1. Mai wieder aufgenommen. Dies wurde gestern den Ribdelgelehrten noch einmal bedeutet und hinzugefügt, daß nur eine desillusierte und veröhnliche Antwort Frankreich und Spanien davon abhalten könne, den Krieg fortzusetzen. Auf beiden Seiten trifft man fieberhafte Vorbereitungen zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten. Die Rüstungen verschärfen sich in ihren Stellungen. Auf französischer Seite hat man reguläre Truppen sowie wie möglich in die von Diffidulen besetzt gehaltenen Abschnitte vorgehoben.

Der französisch-amerikanische Schuldenvertrag unterzeichnet.

Washington, 29. April. (Draht.) Der französisch-amerikanische Schuldenvertrag ist am Donnerstagabend unterzeichnet worden, nachdem Paris den amerikanischen Gegenvorschlag, der ultimativen Charakter hatte, angenommen hat. Die beiden ersten Annuitäten belaufen sich auf 30 Millionen Dollar und steigen dann langsam auf. Die durch den Vertrag fundierte Gesamtschuld beträgt 6,8 Milliarden Dollar.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag behandelte gestern zunächst den Gesehntwurf über die Bestrafung des Zweikampfes. Danach kann neben einer wegen Duellvergehens erkannten Strafe auf Verlust der bekleideten öffentlichen Ämter und bei Soldaten auf Lösung des Dienstverhältnisses erkannt werden. In besonders schweren Fällen muß hierauf erkannt werden. Der Abg. Dr. Barth (Deutschnat.) empfahl im Namen des Rechtsausschusses, der der Vorlage mit 10 gegen 8 Stimmen zugestimmt hat, unveränderte Annahme. Abg. Landsberg (Soz.) hielt die Maß-Vorschrift in allen Fällen für erforderlich. Die nächsten Redner gaben Erklärungen für ihre Fraktionen ab. Für die Deutschnationalen spricht Graf von Helldorf. Seine Partei würde dem Gesehntwurf die Zustimmung geben. Der Zentrumsvizepräsident v. Gumbert betonte, das Ziel seiner Freunde könne kein anderes sein, als die restlose Beseitigung des Zweikampfes. Gegen die Bestimmungen, die das vorliegende Geseh gegenüber dem vom Reichstag verabschiedeten Geseh bringe, hätten seine Freunde Bedenken. Wenn das Zentrum dem Geseh seine Zustimmung gebe, so vor allem deshalb, um den zurzeit unüberwindlichen politischen Schwierigkeiten Rechnung zu tragen. Die Volkspartei schloß den Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz vor. Er erklärte seine Zustimmung zu dem neuen Geseh, da die für die Volkspartei grundsätzlich unannehmbaren Bestimmungen über den Zweikampf bei Offizieren jetzt befestigt seien. Auch die Demokraten ließen durch den Mund des Abg. Dr. Haas erklären, daß sie für das Geseh eintreten würden. Der Standpunkt, den die Bayerische Volkspartei einnimmt, und den der Abg. Dr. Pfeiffer vortrug, ist ähnlich dem des Zentrums. Auch die Bayerische Volkspartei stimmte dem Geseh nur mit Rücksicht auf die allgemeine politische Lage zu.

Zu einem Zusammenstoß kommt es, als nunmehr der Kommunist Rosenfeld behauptet, daß das politische Ansehen des Reichspräsidenten durch die Verweigerung seiner Unterschrift gelitten habe. Reichsjustizminister Marx legt gegen diese Behauptung entschiedene Verwahrung ein. Der Reichspräsident habe nach seinem Gewissen und nach